

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 63 (1976)  
**Heft:** 10: Der LEMO-Bericht : Wegweiser in die Zukunft?  
  
**Rubrik:** Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 26.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Aregger, K.: Lehrerzentrierte Curriculumreform. Bern 1974.

Aregger, K. et al.: Lehrerbildung für die Schulreform. Bern 1975.

Bächtiger, P. et al (Arbeitsgruppe LFB): Die Fortbildung der Volksschullehrer in der deutschsprachigen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein. Zürich 1974 (Pädagogisches Institut).

Bottani, N. et al: Rekurrente Bildung in der Schweiz. Bern 1975. (Beiheft 8 der «Wissenschaftspolitik»).

Lattmann, U. P.: Schulnahe Lehrerbildung. Zürich 1975.

- Berufsfeldbezogene Lehrerfortbildung.  
In: Aregger, Lehrerbildung für die Schulreform. Bern 1975.

Lehrerbildung von morgen: Grundlagen, Strukturen, Inhalte. Hitzkirch 1975.

Isenegger, Rickenbacher, Strittmatter: Reformbedingungen der Lehrerbildung in der Schweiz. Basel 1975.

Kaiser, L.: Die Fortbildung der Volksschullehrer in der Schweiz. Weinheim 1970.

Kaiser, L. / Weibel, W.: 5 Jahre Lehrerfortbildung des Kantons Luzern 1970–1975. In: «schweizer schule» Nr. 9/1975, 62. Jg., S. 302–305.

Kielholz, J.: Mögliche Leitvorstellungen für die Lehrerfortbildung auf überregionaler Ebene. In: «schweizer schule» Nr. 18/1974, 61. Jg., Seiten 777–786.

Royl/Minsel: Teachertraining. Hannover 1973.

Vogel, F., Weibel, W.: Junglehrerberatung als Bestandteil der Lehrerbildung. In: «schweizer schule» Nr. 13/1975, 62. Jg., S. 490–504.

Weibel, W.: Lehrerfortbildung in der Schweiz. In: «schweizer schule» Nr. 18/1974, 61. Jg., Seiten 767–777.

Weiss, R. et al: Lehrerfortbildung. Linz 1975.

Zogg, R.: Möglichkeiten der Evaluation in der Lehrerfortbildung. Zürich 1975.

#### *Hinweis auf ein wichtiges Buch:*

#### **Lehrerbildung für die Schulreform**

*Dr. Kurt Aregger / Prof. Dr. Karl-Heinz Flechsig / Prof. Dr. Karl Frey / Dr. Urs Peter Lattmann: Lehrerbildung für die Schulreform. «Uni-Taschenbücher» Bd. 437. 145 Seiten, kartoniert Fr. 17.60. Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart.*

In dem Buch werden Möglichkeiten und grundlegende Probleme einer Neuorientierung der Lehrerbildung dargestellt. Es geht in allen Beiträgen um die Grundsatzfrage, wie durch die Lehrerbildung jene Qualifikationen erworben werden können, die notwendig sind, damit der Lehrer sowohl in seinem schulpraktischen Alltag die Situationen beherrschen kann wie auch um jene Qualifikationen, die notwendig sind, dass der Lehrer fähig wird, in Schulreformprojekten als Innovationsträger konstruktiv mitzuwirken.

Neben der Behandlung solcher grundsätzlicher Fragen werden Modelle dargestellt, mit denen bereits versucht wurde, derartige Zielvorstellungen für die Lehrerbildung zu realisieren. Im Rahmen eines seit mehreren Jahren laufenden Schulreformprojekts über die Lehrerbildung wurden auch verschiedene Begleituntersuchungen zur Frage der Innovationsbereitschaft der Lehrer durchgeführt.

In einem letzten Kapitel werden diesbezügliche Ergebnisse dargestellt und kommentiert sowie Konsequenzen zur Gestaltung der Lehrerbildung aufgezeigt.

### **Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»**

#### **CH: Strengere Anforderungen an Kindergärtnerinnen**

Die Leiterinnen und Leiter der deutschschweizerischen Kindergärtnerinnenseminarien haben sich in Solothurn zu einer ständigen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

An der Konferenz in Solothurn beschäftigten sich die Teilnehmer zunächst mit dem Stellenmarkt der Kindergärtnerinnen. Die Ergebnisse einer Fragebogenaktion weisen darauf hin, dass für

1976 in beinahe allen Regionen der deutschen Schweiz ein Überschuss an diplomierten Jungkindergärtnerinnen besteht. Trotzdem ist die Konferenz der Auffassung, der Weg zum Kindergärtnerinnenberuf sollte auch weiterhin offen gehalten werden. Freilich werde durch ein Anheben der berufsbezogenen Voraussetzungen der Kandidatinnen und durch eine Verfeinerung des Auswahlverfahrens auf Jahre hinaus eine Harmonisierung im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Stellenmarkt angestrebt.

### **CH: Ausserschulische Jugendarbeit**

Das Eidg. Departement des Innern hat auch dieses Jahr die Möglichkeit, Massnahmen der ausserschulischen Jugendarbeit zu unterstützen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen der Gewährung von Beiträgen an Jugendverbände, Jugendinstitutionen und Jugendgruppen zur Finanzierung von Vorhaben gesamtschweizerischer oder überregionaler Bedeutung dienen. Zuwendungen können insbesondere bewilligt werden für die Durchführung von Kursen und Arbeitstagungen, für die Förderung der internationalen Jugendarbeit sowie für andere besonders unterstützungswürdige Einzelmassnahmen.

Bestimmend für die Zuerkennung eines Beitrages sind der pädagogische, kulturelle oder allgemein gesellschaftliche Wert einer Aktion. Gesuche um Beiträge können von Mitgliedern der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände (SAJV) bei deren Geschäftsstelle (Choisystrasse 1, 3000 Bern) eingereicht werden. Nichtmitglieder der SAJV haben ihre Gesuche direkt an das Amt für kulturelle Angelegenheiten, Thunstrasse 20, 3000 Bern 6, zu richten. Eingaben können bis spätestens 30. September 1976 eingereicht werden, damit sie berücksichtigt werden können. Die obligatorischen Anmeldeformulare sind auch bei diesen beiden Stellen erhältlich.

### **CH: Innerschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz tagte in Rotkreuz**

Die Innerschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz befasste sich an ihrer letzten Sitzung mit dem in diesem Sommer zu erwartenden Lehrerüberfluss. Dabei kam zum Ausdruck, dass vermutlich nur die Kantone Luzern und Obwalden vor besondere Probleme gestellt sind. Die Konferenz fasste ausserdem Beschlüsse zur Oberstufenreform und setzte sich mit dem Entwurf des Hochschulförderungsgesetzes auseinander.

Im Kanton Luzern sind im jetzigen Zeitpunkt noch keine genauen Zahlen über einen Lehrerüberfluss bekannt. Obwohl die Lehrerwahlen vorbei sind, gibt es in verschiedenen Gemeinden bis zum Beginn des neuen Schuljahres in diesem Herbst noch Verschiebungen. Nach Auskunft des Erziehungsdepartementes ist jedoch damit zu rechnen, dass in diesem Sommer zwischen 50 und 100 junge Lehrer, die das Seminar verlassen, ohne Jahresstelle sein werden. Das heisst nicht, dass die gesamte Zahl ohne Beschäftigung im Lehramt bleiben wird, da im Kantonsgebiet viele Stellvertretungen zu übernehmen sind, die bis anhin mit ungenügend ausgebildeten Aushilfskräften besetzt werden mussten.

#### *Studententafel für Orientierungsstufe*

entnehmen wir weiter: «Die Konferenz fasste Beschlüsse zur Reform der Volksschuloberstufe. So wurde das Verfahren zur Ausarbeitung einer Rahmenstudententafel für die gemeinsame Orientierungsstufe (7. bis 9. Schuljahr der Sekundar- und Oberstufe) festgelegt. Bis Mitte dieses Jahres soll den Kantonen ein Grobkonzept vorgelegt werden, das die Stundenanteile der wichtigsten Fächerbereiche umfasst. In einem zweiten Arbeitsgang wird dann versucht, eine gemeinsame Studententafel zu erarbeiten, die den Kantonen als Richtlinie dienen soll.

Zur Bearbeitung dringlicher Einzelfragen, namentlich auch der Frage des zu verwendenden Lehrmittels, wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Ferner soll das neue Deutsch-Lehrmittel an der Volksschuloberstufe im Rahmen eines gemeinsamen Fortbildungsprogramms eingeführt werden; es ist vorgesehen, mit dieser Aufgabe einen Seminarlehrer nebenamtlich zu beauftragen.

#### *Akademische Berufsberatung stark gefragt*

Die Konferenz befasste sich im weiteren mit den Vorentwürfen zu einem neuen Hochschulförderungsgesetz und zu einem Forschungsgesetz und nahm Stellung zu einer Anfrage der Universität Freiburg zur Reform der Sekundarlehrerausbildung. Ferner wurde der Jahresbericht der Akademischen Studien- und Berufsberatungsstelle der Zentralschweiz zur Kenntnis genommen. Nachdrücklich unterstützt wird ein Gesuch dieser Stelle, sich um einen vierten akademischen Berufsberater erweitern zu können. Die wirtschaftliche Rezession und der drohende Numerus clausus der Hochschulen haben zu einem starken Anstieg des Beratungsbedürfnisses geführt: Vergleichszahlen zeigen zudem, dass die Stelle, die alle sechs Zentralschweizer Kantone bedient, stark unterdotiert ist.

### **CH: Lehrerverein für Reformen**

Dem Schweizerischen Lehrerverein scheint der Zeitpunkt gegeben, «pädagogisch erwünschte und notwendige Verbesserungen und Reformen im Schulwesen zu verwirklichen, die wegen des Lehrermangels zurückgestellt werden mussten». Mit Besorgnis hat der Schweizerische Lehrerverein an seiner Delegiertenversammlung in Olten von der Entwicklung der Beschäftigungslage im Lehrerberuf Kenntnis genommen.

Der Schweizerische Lehrerverein tritt für folgende Verbesserungen im Schulwesen ein: Herabsetzung der Schülerzahl in zu grossen Klassen, Ausbau des Sonderschulwesens, Verlängerung der Lehrerbildung, Gewährung von Urlaub zur Fortbildung, Freistellung von amtierenden Lehrern für schulbezogene Planungsarbeiten.

### **CH: Wissenschaftsrat gegen Numerus clausus**

Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht 1975 des Schweizerischen Wissenschaftsrates genehmigt, der einen umfassenden Überblick über die Arbeiten des Wissenschaftsrates in den Bereichen der Hochschulpolitik und der Forschungspolitik gibt: Schwerpunkte der Ratstätigkeit bildeten einerseits die 1974 begonnenen Arbeiten am 3. Bericht über den Ausbau der schweizerischen Hochschulen und anderseits die Beteiligung an den Vorbereitungsarbeiten für ein neues Hochschulförderungsgesetz und ein Forschungsgesetz.

«Beunruhigt durch den Mangel an Studienplätzen an unseren Hochschulen», erarbeitete der Rat des weitern einen Katalog möglicher Massnahmen zur Anpassung der Aufnahmekapazitäten der Hochschulen an die Nachfrage und wandte sich gleichzeitig mit Nachdruck gegen die Einführung eines Numerus clausus, heisst es in einem Communiqué des Eidg. Departements des Innern. Im Bereich der Forschungspolitik hatte sich der Rat ausserdem mit der Vorbereitung der nationalen Forschungsprogramme sowie – im Hinblick auf die Formulierung einer Forschungspolitik des Bundes – mit Fragen der Forschungsplanung, der Prioritätensetzung und der Forschungsstatistik zu befassen.

### **LU: Hochschulförderungsgesetz für Luzern günstig**

Im Zusammenhang mit dem Rückzug der Luzerner Botschaft von der Traktandenliste des Grossen Rates und der gleichzeitig beschlossenen reduzierten Weiterführung der Planung wurde wiederholt gesagt, dass der Kanton zur Einschätzung der finanziellen Verpflichtungen die Beitragssätze des neuen Hochschulförderungsgesetzes kennen müsste. Jetzt sind diese Ansätze bekannt. Wir stellen Erziehungsdirektor Walter Gut die Frage, ob der Entwurf des Hochschulförderungsgesetzes für Luzern neue Gesichtspunkte ergebe. Seine Antwort:

«Der Gesetzesentwurf bedeutet hochschulpolitisch für Bund und Kantone einen Fortschritt, sofern die eidgenössischen Räte am Entwurf nicht wesentliche Korrekturen vornehmen. Für die Verwirklichung der Luzerner Hochschulpläne ist die Ausgangslage günstiger geworden, weil die Ansätze der Betriebsbeiträge erhöht worden sind (neu 25 bis 40 Prozent, früher 12 bis 30 Prozent). Die Pläne für eine Hochschule Luzern müssen auch immer mehr aus gesamtschweizerischer, hochschulpolitischer Sicht beurteilt werden. Neue Erhebungen in den Mittelschulen haben ergeben, dass in drei Jahren in der deutschen Schweiz 15 000 bis 18 000 Studienplätze fehlen werden.»

### **LU: 43 neue Volksschul-Lehrstellen bewilligt**

Der Erziehungsrat hat in den letzten Sitzungen die Gesuche der Gemeinden behandelt, auf Beginn des kommenden Schuljahres neue Volksschul-Lehrstellen zu schaffen. Bei der Bearbeitung der Gesuche war dabei zwei gegensätzlichen Ansprüchen Rechnung zu tragen. Einerseits hat der Grosse Rat bekanntlich den Kredit für die Lehrstellen deutlich gekürzt. Anderseits sind die gesetzlichen Trennungsnormen und die anerkannten pädagogischen Grundsätze, die auf eine Senkung unserer hohen Klassenbestände tendieren, zu beachten; zudem mussten die berechtigten Begehren vieler Gemeinden berücksichtigt werden, ihren Schülern mit einem freiwilligen neunten Schuljahr einen besseren Start in das Berufsleben zu ermöglichen. Wo ein angemessener Schülerbestand nur vorübergehend ausgewiesen werden konnte, hat der Erziehungsrat neue Lehrstellen blass provisorisch bewilligt. Die Schulpflegen dürfen diese Stellen nicht durch Wahl besetzen.

### **NW: Kapuziner bleiben in Stans**

Das Regionalkapitel der Kapuziner der deutschen Schweiz teilt mit: Die Kapuziner wollen ihre Schulen von Appenzell, Näfels und Stans weiterführen. Das Regionalkapitel der deutschschweizer Kapuziner fällte diesen Entscheid trotz grosser personeller und finanzieller Opfer. Die Kapuziner sind dabei angewiesen auf die finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand.

Das Regionalkapitel, das sich vom 19. bis 23. April in Dulliken versammelte, beschloss nach intensiven Beratungen, die zwei Kollegien von Appenzell und Stans und die Klosterschule von Näfels in eigener Trägerschaft weiterzuführen. Der wachsende Personalmangel, kommende bedeutende Investitionen und steigende Betriebskosten, die besonders durch die vermehrte Anstellung von Laienlehrern entstehen, wie auch die neuen Bedürfnisse der Seelsorge nach dem Konzil und der Synode 72 machten diesen Entscheid nicht leicht. Das Kapitel kam aber zur Überzeugung, dass der Dienst an der Jugend in einer weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft einem echten Bedürfnis entspricht und den grossen personellen und finanziellen Einsatz der Provinz rechtfertigt.

Der Orden wird sein Engagement in den Schulen allerdings nur aufrecht erhalten können, wenn die Kantone Appenzell und Nidwalden, für welche die Kollegien die einzigen Mittelschulen sind, mithelfen, die Lasten zu tragen. Die seit Jahren mit den Regierungen geführten Verhandlungen, in denen die beiden Kantone grosses Verständnis und den Willen zur Zusammenarbeit zeigten, lassen hoffen, dass eine für alle Seiten tragbare Lösung gefunden werden kann.

### **ZG: Zuger Regierungsrat zur Hochschulförderung**

Der Zuger Regierungsrat billigt generell die Vorwürfe des Eidgenössischen Departements des Innern zu einem neuen Hochschulförderungsgesetz und begrüßt es, dass sich der Bund vermehrt an der finanziellen Unterstützung der Hochschulen beteiligen will. Bedenken äussert der Regierungsrat hinsichtlich der vorgeschlagenen «Regierungskonferenz». Der Rat bezweifelt, dass das ausschliesslich aus Politikern zusammengesetzte Gremium seine Aufgabe wirklich erfüllen könne; seines Erachtens fehlen nicht blass die kompetenten Vertreter der weitgehend autonomen Universitäten (zum Beispiel Rektoren), sondern es sind auch die Nichthochschulkantone ungenügend vertreten.

Konkret wünscht der Regierungsrat folgende Änderungen an den beiden Gesetzesentwürfen: stärkere Vertretung des Bundes und der Nichthochschulkantone in der «Regierungskonferenz»; Umbenennung von «Regierungskonferenz» in «Schweizerischer Hochschulrat»; Einbezug von Vertretern der einzelnen Hochschulen in den Hochschulrat; klare Umschreibung der finanziellen Konsequenzen für die Nichthochschulkantone und Vereinfachung des Planungsrahmens sowohl für das Hochschulförderungsgesetz wie für das Forschungsgesetz.

### **ZG: Neuregelung der Lehrergehälter**

Die Zuger Regierung unterbreitet eine neue Gesetzesvorlage über die Besoldung der Lehrer an den Volksschulen; dieses Gesetz bezweckt in erster Linie eine Neuregelung des Kantonsbeitrages an die Lehrerbesoldungen, eine Vereinheitlichung der Unterrichtslektionen und der Besoldungen von Lehrerinnen und Lehrern, eine Vereinheitlichung der Überstundenentschädigungen sowie der Entschädigung für Stellvertreter und schliesslich noch die Einführung der Altersentlastung. Laut Gesetzesentwurf wird die Pflichtstundenzahl für Primarlehrer und Primarlehrerinnen, Einführungsklassen-, Hilfs-, Sonderschullehrer, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen sowie Logopäden auf 30 Wochenstunden (bisher 28 bis 31) festgelegt. Die Pflichtstundenzahl für Werk-, Real- und Sekundarlehrer wird auf 29 Wochenstunden (bisher 28 bis 31) fixiert. Der Entwurf sieht ferner eine Lektionsdauer von 50 Minuten (bisher 45 bis 60 Minuten) vor.

### **FR: Freiburger Erziehungsdirektor tritt zurück**

Der freiburgische Erziehungsdirektor, Staatsrat Dr. Max Aeischer, verzichtet bei den Wahlen im kommenden Herbst auf die Wiederwahl. Dies teilte er der Christlichdemokratischen Volkspartei seines Kantons in einem Brief mit. Der 62jährige Dr. iur. Aeischer ist seit 1967 Mitglied der Kantonsregierung.

### **SO: Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit**

Der Solothurner Kantonsrat hat zum Abschluss der April-Session beschlossen, über eine Million Franken für die Bekämpfung und Überbrückung der Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen. 330 000 Franken werden allein die Massnahmen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit kosten.

### **AG: Minimalismus ist plötzlich zurückgegangen**

Bei der Fertigstellung des Jahresberichtes des Lehrerseminars Zofingen hatten erst fünf der 19 neu patentierten Lehrer eine Anstellung im Schuldienst gefunden. Trotz dieser nachteiligen Erscheinung des Lehrstellenmangels sieht der Zofinger Seminardirektor im wirtschaftlichen Umschwung auch Vorteile: Der früher im Arbeitsverhalten und in der Einstellung zur Schule verbreitete Minimalismus unter den Seminaristen sei plötzlich weitgehend verschwunden.

«Wer über Reserven verfügt, hat diese im allgemeinen mobilisiert», schreibt Seminardirektor A. Moor in seinem Jahresbericht. Die Seminaristen seien durchwegs leistungsbewusster geworden – wobei sich dadurch die Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Klassen jedoch noch eher vergrössert hätten.

### **GR: Die Bündner Regierung zur Tessiner Uni**

Die Bündner Regierung hält in einer Vernehmlassung an die Adresse des Tessiner Staatsrates dafür, dass angesichts der kaum zu bewältigenden Schwierigkeiten auf die Schaffung eines «Centro universitario della Svizzera italiana» für Grundausbildung sowie einer Fakultät für die Ausbildung von Lehrkräften im Tessin verzichtet werden sollte. Dafür wären die wissenschaftliche Forschung und der Unterricht nach dem akademischen Studium zu aktivieren. Auch gelte es, das kulturelle und wissenschaftliche Leben der italienischen Schweiz unter Berücksichtigung ihrer ethnischen, sprachlichen und historischen Besonderheiten zu fördern.

Der Kanton Graubünden zeigt sich hingegen an der Lehrerausbildung für die Sekundar- und Mittelschulstufe besonders interessiert. Die Bestrebungen eines entsprechenden Instituts werden daher unterstützt. An ein solches wären nicht nur Interessenten mit Maturitätsausweis, sondern auch Inhaber eines Primarlehrerpatents zuzulassen. In diesem Sinne empfiehlt die Bündner Regierung, unter Vorbehalt der finanziellen Auswirkungen, das Projekt weiterzuverfolgen.

### **VD: Weniger Primarschüler und weniger Lehrstellen**

Für das Jahr 1979 erwartet der Kanton Waadt einen starken Rückgang der Primarschuleintritte. Aus dem Informationsbulletin des waadtländischen Erziehungsdepartements geht hervor, dass

die Zahl der Primarschüler in den letzten drei Jahren um rund 1000 pro Jahr zunahm. Im Schuljahr 1975/76 kündigte sich jedoch bereits eine gegenteilige Tendenz an, blieb die Schülerzahl doch auf dem Vorjahresniveau stehen. Gründe für dieses Phänomen sind der verstärkte Geburtenrückgang bei den Schweizern, die Stabilisierung der Geburtenrate bei den Ausländern und die Rückkehr zahlreicher Ausländerfamilien in ihre Heimat. Die wirtschaftliche Rezession,

heisst es im Bulletin, habe somit bereits zu einer Stagnation der Primarschuleintritte geführt. Die Tendenz hat eine sinkende Nachfrage nach Primarlehrern zur Folge. Bei Schuljahrbeginn im Herbst 1975 im Kanton Waadt waren zahlreiche neu patentierte Lehrer stellenlos: 25 mussten mit kurzfristigen und 20 mit langfristigen Stellvertretungen vorliebnehmen. Anders sieht die Situation in Sekundar- und Mittelschulen aus, wo die Schülerzahl vorläufig noch weiter steigt.

## Leserbriefe

### Meine Meinung zum Artikel von Georg Grosjean in Nr. 9

«Niemand hat das Recht, einen andern nach einem imaginären Zukunftsmodell zu erziehen», sagt Grosjean. Um so stärker ist nach seiner Meinung die Verpflichtung auf die Gegenwart, auf das «politische oder sittliche Bekenntnis der Allgemeinheit», auf «unser» Wertesystem, auf die «Grundsätze» der «Öffentlichkeit». Im Klartext heisst das: die Freiheit des Lehrers besteht darin, dass er Bekenntnisse ablegen muss. Und da der Inhalt der Bekenntnisse nicht von vornherein erkennbar ist – über die berühmten Grundsätze der Allgemeinheit wird ja politisch gestritten – ist um so klarer, dass es jeweils an den Behörden liegt, die Details festzulegen und über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Gesinnungen zu

entscheiden. Vielleicht ist Grosjean so freundlich, das gültige Lehrer-Credo und die Definition der zu respektierenden Gegenwart zu liefern. Grosjean, der Mann, der sich für die Beachtung «feiner Grenzen» empfiehlt, hat eine Grenze übersehen: die Grenze zwischen dem autoritären Obrigkeitsstaat und dem freiheitlichen Rechtsstaat. Der Rechtsstaat verlangt die Einhaltung der Rechtssätze in Verfassung, Gesetz und Verordnung – die Amtsordnungen der Lehrer sind meist sehr deutlich – und darüber hinaus gewährt er Gesinnungsfreiheit. Der Obrigkeitsstaat fordert hingegen nicht nur Verhaltensloyalität, sondern auch Identifikationen, Abgrenzungen, Bekenntnisse und Verpflichtungen auf vage Auffassungen der «Öffentlichkeit». Jedes geforderte Bekenntnis mehr ist ein Stück Freiheit weniger. Wenn der geistige Kampf um die Freiheit im Stile Grosjean betrieben wird, ist er verloren.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Willi Schneider, 4125 Riehen

## Aus Kantonen und Sektionen

### Zürich: Zürcher Intellektuelle unterzeichnen «demokratisches Manifest»

«Gerade in kritischen Zeiten dürfen der Spielraum der freien Diskussion und das Recht auf Veränderung nicht eingeengt werden», heisst es in einem «demokratischen Manifest», das kürzlich in Zürich vorgestellt wurde und das sich gegen politisch motivierte Entlassungen beziehungsweise Nichtenstellung von Lehrern, Journalisten und aktiven Gewerkschaftern richtet.

Gegen die «Unterhöhlung der demokratischen Rechte in unserem Lande» und ein «Klima der Unsicherheit und Einschüchterung» wendet sich

das von 75 Persönlichkeiten unterzeichnete «demokratische Manifest». Immer mehr Lehrer, so heisst es im Manifest, würden aus politischen Gründen entlassen oder nicht angestellt, im öffentlichen Dienst komme es vermehrt zu politisch motivierten Massnahmen, Radio und Fernsehen seien einer «stillen Zensur» unterworfen, und in der Privatwirtschaft sei bereits eine Reihe von aktiven Gewerkschaftern entlassen worden. Dadurch könnten «erfahrungsmässig garantie Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die freie Berufswahl, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Tätigkeit nicht mehr ungestraft ausgeübt werden».

Viele der Erstunterzeichner des Manifests hatten ihren Namen bereits 1968 unter das «Zürcher Manifest» im Gefolge der Globus-Unruhen gesetzt: Max Bill, Max Frisch, Walter M. Diggelmann, die ETH-Professoren Alfred Huber und Adolf Muschg und die Uni-Professoren Peter Noll und Arnold